

Gegen Studiengebühren

Libérale Hochschulgruppen kritisieren Mittelverwendung

GERLINGEN

Deutliche Worte sprachen die Mitglieder der Liberalen Hochschulgruppe bei der Bundesversammlung am Wochenende in Gerlingen: Sie kritisierten den Umgang der Universitäten mit den Studiengebühren und forderten mehr Mitspracherecht für die Studenten.

VON ALEXANDRA PFEFFER

Die aktuelle Entwicklung an den Hochschulen stand bei der Bundesmitgliederversammlung der Liberalen Hochschulgruppen (LHG) im Mittelpunkt.

Dabei machten die Mitglieder unter anderem ihren Standpunkt zum Thema „Studiengebühren“ deutlich. Sie betonten, dass die LHG grundsätzlich gegen Studiengebühren seien und kritisierten den Umgang der Universitäten mit den Geldern der Studenten. Daniel George, Bundesvorsitzender der LHG, erklärte, dass Hochschulen die Gebühren nicht zur Abdeckung von Heizkosten oder Bauarbeiten verwenden dürfen. „Das gehört zur Grundausstattung. Studiengebühren müssen ein Studiumplus bewirken.“ Auch Michael Ungerer, stellvertreten-

der Vorsitzender der Landeshochschulgruppe Baden-Württemberg, erklärte, dass die Gelder der Lehre zu gute kommen müssen: „Kostenlose Skripte, zusätzliche Sprachangebote oder Tutorien könnten so finanziert werden.“

Um zu gewährleisten, dass das Geld an der richtigen Stelle ankommt, fordern die LHG mehr Mitspracherecht für Studenten bei der Verwendung der Studiengebühren. „Über den Anteil, den die Studenten bezahlen, sollen sie auch entscheiden dürfen“, sagte Michael Ungerer.

Außerdem waren die Fachhochschulen ein Gesprächsthema. Trotz einiger positiver Beispiele, wie in Reutlingen, sei der Ruf in der Öffentlichkeit schlecht und sie würden als „minderwertige Universitäten“ betrachtet. Deshalb fordert die LHG umfassende Reformen, da „die Fachhochschulen für praktischorientierte Berufsfelder sehr wichtig sind“.

Der baden-württembergische Justizminister Prof. Dr. Ulrich Goll hielt einen Gastvortrag bei der Mitgliederversammlung und honorierte die Arbeit der LHG: „In der heutigen Zeit muss die Freiheit hochgehalten werden. Ich bin ihnen dankbar, dass Sie sich für die liberale Politik einsetzen.“